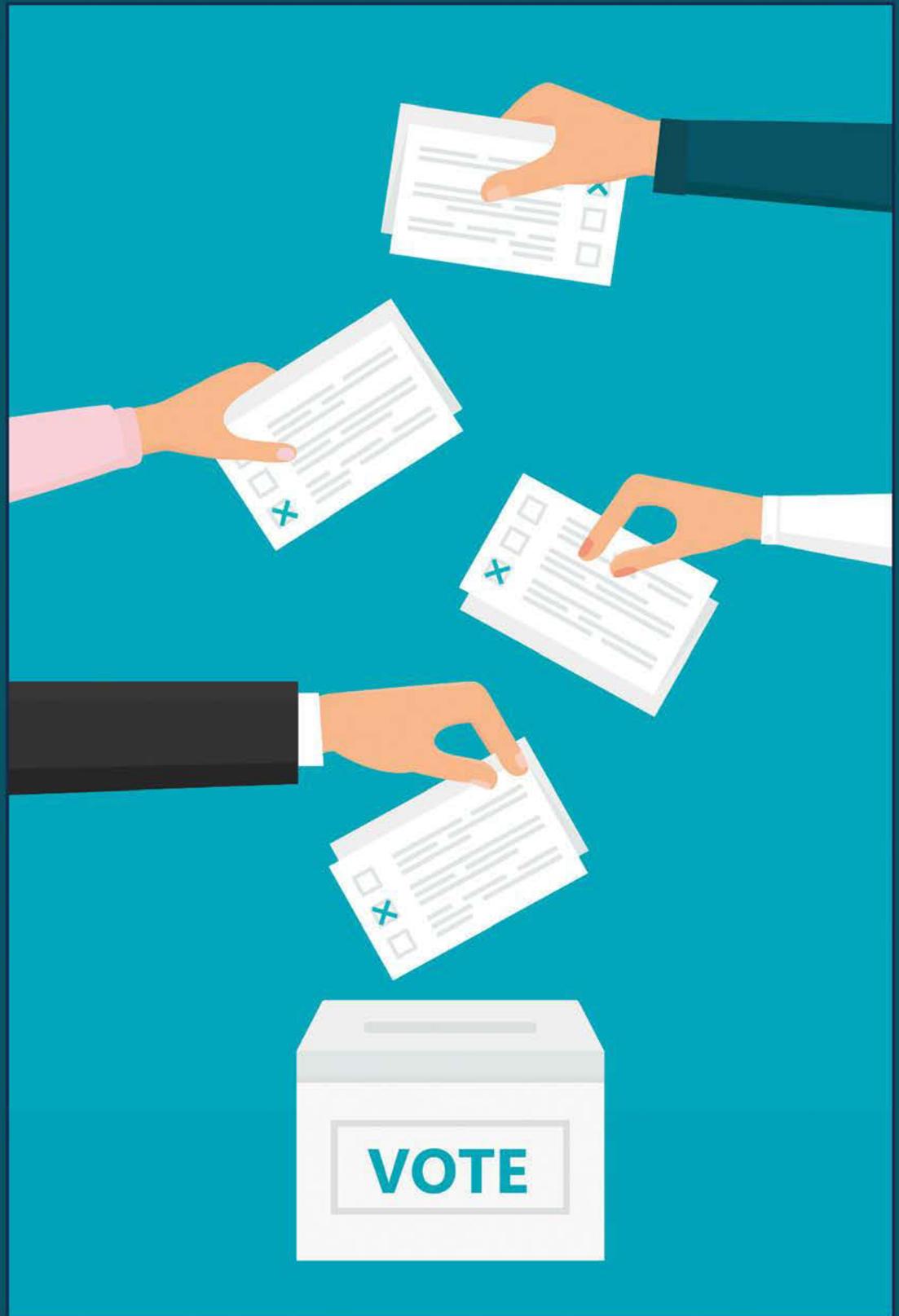


Benedikt Philipp Kleer

## Mehr Inklusion durch Volksentscheide?

Ein Vergleich direkter und  
indirekter Mitbestimmungsformen



Benedikt Philipp Kleer

## **Mehr Inklusion durch Volksentscheide?**



Benedikt Philipp Kleer

# **Mehr Inklusion durch Volksentscheide?**

**Ein Vergleich direkter und  
indirekter Mitbestimmungsformen**

Tectum Verlag

Benedikt Philipp Kleer

Mehr Inklusion durch Volksentscheide? Ein Vergleich direkter  
und indirekter Mitbestimmungsformen

© Tectum Verlag Marburg, 2016

ISBN: 978-3-8288-6409-2

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch unter  
der ISBN 978-3-8288-3723-2 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlagabbildung: © Batshevs | shutterstock.com

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet  
[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

**Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind  
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>11</b>
<b>2</b>	<b>Demokratiethorie .....</b>	<b>15</b>
2.1	Zum Begriff der Demokratie.....	15
2.2	Die liberale Demokratie.....	16
2.3	Theorien der Demokratie .....	17
2.3.1	Führungs-orientierte Demokratiethorien.....	19
2.3.2	Partizipative Demokratiethorien .....	23
2.4	Repräsentation und Partizipation in der Demokratiethorie.....	27
2.5	Krise der liberalen Demokratie? .....	30
<b>3</b>	<b>Politische Partizipation .....</b>	<b>39</b>
3.1	Begriffsbestimmung politischer Partizipation.....	39
3.2	Kategorisierung von Partizipation.....	40
3.3	Nichtbeteiligung in der Partizipationsforschung.....	44
3.4	Thesen zur Beteiligung der Bürger_innen .....	46
3.5	Forschungsstand .....	49
3.6	Zusammenfassung .....	56
<b>4</b>	<b>Das Volksgesetzgebungsverfahren .....</b>	<b>59</b>
4.1	Das Verfahren im Allgemeinen .....	59
4.2	Das Verfahren im Beispielfall des Stadtstaates Hamburg.....	60
4.3	Bewertung der Hamburger Volksgesetzgebung.....	63
<b>5</b>	<b>Empirischer Teil .....</b>	<b>65</b>
5.1	Theoretische Erörterungen .....	65

5.1.1	Hypothesen .....	65
5.1.2	Datensatz .....	66
5.1.3	Methodik der quantitativen Analyse .....	67
<b>5.2</b>	<b>Datenanalyse .....</b>	<b>69</b>
5.2.1	Regressionsmodell .....	70
5.2.2	$\chi^2$ -Unabhängigkeitstest und Cramérs V .....	71
5.2.3	Logistische Regression der Volksentscheid 2010 .....	73
5.2.4	Logistische Regression Bürgerschaftswahl 2011 .....	81
5.2.5	Gruppenanalyse der Nichtwähler_innen und Wähler_innen.....	88
5.2.6	Stadtteil-Analyse .....	94
<b>5.3</b>	<b>Zusammenfassung und Hypothesenüberprüfung .....</b>	<b>99</b>
5.3.1	Logistische Regressionen .....	99
5.3.2	Gruppenanalyse .....	102
5.3.3	Stadtteilanalyse.....	104
5.3.4	Hypothesenüberprüfung .....	105
<b>6</b>	<b>Fazit .....</b>	<b>109</b>
<b>6.</b>	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>116</b>

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1: Wahlbeteiligung real und im Datensatz.....	70
Abb. 2: Beteiligung nach Geschlecht .....	88
Abb. 3: Nichtwähler_innen und Wähler_innen nach Altersgruppe.....	89
Abb. 4: Zustimmung zur Wahlnorm nach Altersgruppe.....	90
Abb. 5: Nichtwähler_innen und Wähler_innen nach Schulabschluss.....	91
Abb. 6: Nichtwähler_innen und Wähler_innen nach Haushaltseinkommen ....	91
Abb. 7: Nichtwähler_innen und Wähler_innen nach Konfession.....	92
Abb. 8: Nichtwähler_innen und Wähler_innen nach Beruf.....	93
Abb. 9: Beteiligung am Volksentscheid 2010 gegenüber Arbeitslosenquote (nach Stadtteilen).....	96
Abb. 10: Beteiligung bei der Bürgerschaftswahl 2011 gegenüber Arbeitslosenquote (nach Stadtteilen).....	96
Abb. 11: Beteiligung am Volksentscheid 2010 gegenüber Anteil SGB II-Empfänger (nach Stadtteilen) .....	97
Abb. 12: Beteiligung bei der Bürgerschaftswahl 2011 gegenüber der SGB II-Empfänger (nach Stadtteilen).....	97
Abb. 13: Beteiligung am Volksentscheid 2010 zum durchschnittlichen Steuereinkommen je Einwohner_in (nach Stadtteilen).....	98
Abb. 14: Beteiligung bei der Bürgerschaftswahl 2011 zum durchschnittlichen Steuereinkommen je Einwohner_in (nach Stadtteilen) .....	98
Abb. 15: Beteiligung am Volksentscheid 2010 zu Anteil Ausländer_innen (nach Stadtteilen).....	98
Abb. 16: Beteiligung bei der Bürgerschaftswahl 2011 zu Anteil Ausländer_innen (nach Stadtteilen) .....	98
Abb. 17: Beteiligung am Volksentscheid zur Wahlbeteiligung 2008.....	99
Abb. 18: Beteiligung am Volksentscheid zur Wahlbeteiligung 2011 .....	99
Tab. 1: $\chi^2$ -Unabhängigkeitstest und Cramérs V Volksentscheid 2010.....	72
Tab. 2: $\chi^2$ -Unabhängigkeitstest und Cramérs V Bürgerschaftswahl 2011.....	73
Tab. 3: Modellanalyse Modell 1 Volksentscheid 2010.....	74
Tab. 4: Logistische Regression Modell 1 Volksentscheid 2010 .....	75

Tab. 5: Modellanalyse Modell 2 Volksentscheid 2010.....	76
Tab. 6: Logistische Regression Modell 2 Volksentscheid 2010 .....	77
Tab. 7: Modellfit Modell 3 Volksentscheid 2010 .....	78
Tab. 8: Logistische Regression Modell 3 Volksentscheid 2010 .....	80
Tab. 9: Modellfit Modell 1 Bürgerschaftswahl 2011 .....	81
Tab. 10: Logistische Regression Modell 1 Bürgerschaftswahl 2011 .....	82
Tab. 11: Modellfit Modell 2 Bürgerschaftswahl 2011 .....	83
Tab. 12: Logistische Regression Modell 2 Bürgerschaftswahl 2011 .....	84
Tab. 13: Modellfit Modell 3 Bürgerschaftswahl 2011 .....	85
Tab. 14: Logistische Regression Modell 3 Bürgerschaftswahl 2011 .....	87
Tab. 15: Fünf höchsten und niedrigsten Beteiligungen beim Volksentscheid 2010 nach Stadtteil.....	95
Tab. 16: Gesamtübersicht signifikanter Einflüsse der logistischen Regression .	101
Tab. 17: Übersicht der Repräsentationsunterschiede .....	103

## Abkürzungsverzeichnis

ALLBUS .....	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
BSW .....	Bürgerschaftswahl
DFG .....	Deutsche Forschungsgemeinschaft
EU .....	Europäische Union
GESIS .....	Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (gegr. als Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen)
GLES.....	German Longitudinal Election Study
HLT.....	Hosmer-Lemeshow-Test
LRT .....	Likelihood-Ratio-Test
PetG HA .....	Volkspetitionsgesetz Hamburg
SGB-II-Empfänger	Empfänger von Hilfeleistungen nach Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“)
Statistik Nord .....	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein
VAbstG .....	Volksabstimmungsgesetz
VE .....	Volksentscheid
VfHH .....	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg



# 1 Einleitung

Ein mehr als bekanntes Phänomen der letzten Wahljahre ist Folgendes: Anscheinend bleiben immer mehr Wahlberechtigte den Wahllokalen fern und machen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch (Schulte 2013). Dass diese Gruppe aufgrund ihrer Enthaltung wahlentscheidend sein könnte, lässt auch die Politiker\_innen aufhorchen (Gruhn 2013). Sowohl von populistischen als auch von etablierten Parteien hört man daher den Ruf nach mehr direkter Mitbestimmung der Bürgerschaft, da dies scheinbar die abstraktere Wahl der Bundes-/Landtagswahl auf konkrete Sachverhalte verlagern würde und die Bürger\_innen wieder partizipieren würden (Spiegel Online 2012, Spiegel Online 2010, Ude 2011, Alternative für Deutschland 2013). Dennoch zeigt sich, dass in allen westeuropäischen Ländern die Beteiligung bei Wahlen höher ist als bei Volksabstimmungen (Merkel 2014: 11). Von der wissenschaftlichen Seite werden seit langem neue Beteiligungsformen gefordert, um vernachlässigte Wählergruppen neu zu begeistern (vgl. Bürklin 1993: 35). Dieses ange deutete Problem der Apathie der Wählerschaft ist nach Colin Crouchs Thesen zur Postdemokratie im wissenschaftlichen Bereich in aller Munde. Durch die Verschiebung der Entscheidungsgewalt und zunehmenden Komplexität der Entscheidungen und (angenommenen) Elitenentschlüssen ziehen sich die Bürger\_innen frustriert aus der Wahlpartizipation heraus. Da die Entscheidungen nicht mehr als gebunden an das Wählervotum wahrgenommen werden, sehen die Bürger\_innen dies nicht mehr als eine wichtige Aufgabe ihres Staatsbürgertums an (Crouch 2008). Auch ist eine zunehmende Enttäuschung von sozialstaatlichen Versprechungen und ideologischen Traditionen, die gerade die sozialdemokratischen und linken Parteien im Laufe der 1990er Jahre mit ihrer Stammwählerschaft vollzogen haben, entscheidend für den Bruch mit der jahrzehntelangen Tradition als Arbeiter\_in sozialdemokratisch zu wählen (Mouffe 2011). Meyer (2009: 7) schreibt zum Erhalt der Demokratie:

„Demokratie hat auf die Dauer keinen unangefochtenen Bestand, wenn sie sich in einem formalen politischen Institutionen-System erschöpft, während gesellschaftliche und wirtschaftliche Macht sich der Mitverantwortung der von ihr Betroffenen entzieht und die Voraussetzungen ihrer Bürger\_innen zur erfolgversprechenden Mitwirkung an den politischen Entscheidungen hochgradig ungleich verteilt sind“.

Dies beschreibt den Zustand der Postdemokratie, den auch Crouch (2008) in seinem Werk als Entkopplung von den Wähler\_innen und als *Politainment* bezeichnet, in der ein Elitenzirkel abgekoppelt die Entscheidungen intransparent für die Bürgerschaft trifft und in Wahlkampfzeiten

Werbung betreibt. In der Wahlforschung kennt man Begriffe wie den des *Dealignment*, doch dieser beschreibt nur die Loskopplung, also eine abnehmende Prägekraft der sozialen Milieus, von ihren bis in die 1990er Jahre starken Einflüssen auf die Wahlabsicht (Bürklin und Klein 1998: 82). Dieser Begriff geht nicht von einer steigenden Nicht-Wahlteilnahme aus, sondern nur von einem steigenden Wechselwählerpotenzial. Interessant ist dabei, in Grundanlehnung an die Individualisierungsthese von Beck (1983), dass das Wahlverhalten im Ganzen nicht mehr zuverlässig aufgrund sozialstruktureller Merkmale vorhersagbar ist, „[...] da der Anteil derjenigen Personen, die in traditionelle sozial-moralische Milieus eingebunden sind, im Prozess des sozialen Wandels deutlich abgenommen hat“ (Bürklin und Klein 1998: 83). Aus diesen Gründen geht es in dieser Arbeit um die Wahlteilnahme und nicht um die Wahlabsicht. In ähnlicher Richtung argumentiert Gattig (2006: 512), dass der Einfluss der Klassenzugehörigkeit auf die Wahlteilnahme höher ist, wobei der Einfluss auf die Wahlabsicht, also welche Partei gewählt wird, gering ist. Klassenbindungen und soziale Milieus prägen nicht mehr die Wahlabsicht, sondern viel stärker die Wahlteilnahme. Allerdings ist einschränkend zu sagen, dass auch dabei von einem immer stärker abnehmenden Klasseneinfluss ausgegangen wird.

Für die Arbeit ergibt sich daraus die Frage, inwieweit sich soziale Schichten der Teilnahme bilden und eine Exklusion einer bestimmten Schicht nach sozialstrukturellen Merkmalen festgestellt werden kann. De Nève (2009: 81ff) schreibt zum Fernbleiben von Personengruppen, dass sofern der Anteil der Nichtwähler\_innen eines gleichen sozialstrukturellen Merkmals sich nicht von ihrem Anteil an den Wähler\_innen unterscheidet, dies aus demokratietheoretischer Sicht kein Problem darstellt. Diese werden so von den Wähler\_innen mitrepräsentiert. Kritisch wird es, sobald diese Merkmale nicht gleich bei Nichtwähler\_innen und Wähler\_innen verteilt sind und es eine Unter- bzw. Überrepräsentierung gewisser sozialstruktureller Merkmale gibt und dadurch soziale Gruppen definierbar sind (de Nève 2009: 82f). Dies wiederum hat eine Nicht-Berücksichtigung von Gruppeninteressen zur Folge, was aus demokratietheoretischer Sicht ein Problem und eine Instabilität des Systems darstellt (Meyer 2009b). Diese Differenz in der Repräsentation lässt sich anhand der sozialstrukturellen Merkmale als Exklusionsprozess einer Gruppe nachweisen (de Nève 2009: 82).

Es wird erörtert, ob sich eine Gruppe der Nichtwähler\_innen, die gleiche sozialstrukturelle Merkmale besitzt, identifizieren lässt. Für Wahlen lässt sich feststellen, dass die Wähler\_innen keine sehr heterogene Gruppe sind, sondern vermehrt Personen mit hohem Einkommen und formal hohem Bildungsabschluss unter ihnen zu finden sind (vgl. Rattinger